

Mehr Maturanden, bitte!

Der Schweiz geht es blendend, und Zürich ist die beste Stadt der Welt. Alle erdenklichen Rankings bescheinigen uns wahlweise höchste Lebensqualität, den beinahe höchsten Wohlstand pro Kopf, höchste Wettbewerbsfähigkeit, «gesunde» Staatsfinanzen und tiefe Arbeitslosigkeit. Es erscheint daher geradezu frivol, von einem grundlegenden Problem der Schweizer Bildungspolitik zu sprechen. Ist denn unser Bildungssystem nicht ein Pfeiler dieses Erfolgs? Von links bis rechts wird argumentiert, die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit sei deshalb so tief, weil im Unterschied zu den meisten Ländern in der Schweiz die grosse Mehrheit der Jugendlichen eine Berufslehre absolviere und damit sehr direkt Anschluss an den Arbeitsmarkt finde. Aus diesem praktischen Berufswissen heraus entstünden in den vielen Klein- und Mittelbetrieben jene Innovationen, welche die Wettbewerbsstärke der hiesigen Wirtschaft ausmachen – und nicht aus weltfremden akademischen Konzepten und Theorien.

Dieses Loblied der Berufslehre geht zurzeit ohne Dissonanzen über in den neuen Sirenen gesang von der «Elite», für die eher noch weniger Maturanden als bisher auszubilden seien. Denn solche akademischen Kader könne man, falls sie uns fehlen, problemlos importieren, wie unlängst Bundesrat Schneider-Ammann verlauten liess. Das scheint weitherum akzeptiert zu werden. «Spricht man in den Chefetagen der grossen Firmen denn nicht durchwegs Englisch?», fragte mich an einer Podiumsdiskussion in Zug rhetorisch ein junger Mann aus dem Publikum, um daraus zu folgern: «Das können wir Schweizer doch den ausländischen Akademikern überlassen. Für uns sind die Fachhochschulen viel besser!»

Alles bestens also? Man sollte sich daran erinnern, dass bis in die 1990er-Jahre die Wirtschaftselite noch weitgehend Schwiizertütsch sprach. Deren Karrieremuster – Studium/Offizierslaufbahn/FDP-Mandat cum Zunftmitgliedschaft –, das sich in lukrativen Verwaltungsmandaten auszahlte, hatte spätestens mit dem Swissair-Grounding 2001 sein augenfälliges Debakel erlebt. Heute braucht es keine Zürichberg- oder Goldküsten-Sozialisation mehr, um zur Elite zu

gehören; der alte FDP-Filz wurde durch eine neue Funktionselite abgelöst, die tendenziell reicher, gesellschaftlich weniger verankert und internationaler geworden ist.

Die Reaktionen darauf sind paradox: Zum einen scheint der Glaube an die Notwendigkeit, dass die Elite klein beziehungsweise eben eine wirkliche «Elite» bleiben soll, unverrückbar. ETH-Rektor Lino Guzzella fordert eine selektivere Maturitätsprüfung, damit nur die Allerbesten ein Studium aufnehmen können; andere möchten die gesellschaftliche «Ordnung» bewahren, in der nur wenige – i. e. Akademiker – sich mit «gesamtsellschaftlichen Aufgaben» beschäftigen sollen, wie Franz Eberle vom Institut für Gymnasialpädagogik der UZH es formuliert. Andererseits aber ermöglichen die altbekannten Ideologeme von der Schweiz als einem alpinen Volk von Bauern (und Gewerblern) offenbar problemlos den geistigen Rückzug aus der Elite, wenn diese Englisch zu sprechen beginnt. Es scheint aus dieser Perspektive nicht wirklich «unserer Eigenart» zu entsprechen, als Akademiker in Kaderpositionen zu arbeiten – wenn die Wirtschaft mehr von solchen Kadern braucht, als wir selbst auszubilden gewillt sind, darf sie sich im Ausland umsehen.

*

Dieser ideologische Status quo verdichtet sich in der weitherum geteilten Auffassung, dass die wichtigste Stellschraube zur Aufrechterhaltung der Proportionen von «Volk» und «Elite», zwischen schweizerischer Eigenart und ausländischer Kaderkultur, zwischen Berufsbildung und akademischer Bildung die Gymnasialquote sei, das heisst der Anteil der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Matura erwerben. Diese beträgt gegenwärtig im nationalen Durchschnitt 20% (25% Mädchen, 15% Knaben) – jedes Prozent mehr, ja jeder Gymnasiast mehr und jede Akademikerin mehr wäre nur ein/e Arbeitslose/r mehr, wie neben Bundesrat Schneider-Ammann auch ETH-Rektor Guzzella oder der Staatssekretär für Bildung und Forschung, Mauro Dell'Ambrogio, zu betonen nicht müde werden. Als Beweis für diese Behauptung gelten die (Jugend-)Arbeitslosenzahlen «in Europa».

Man sollte sich dieses Argument etwas genauer ansehen. Abgesehen davon, dass der Anteil aller Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaftler an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Schweiz von 2004 bis 2012 zwischen 0,6 und 1,2% schwankt – eine Flut arbeitsloser Akademiker sieht anders aus –, ist festzuhalten, dass die Vergleichsdaten, auf denen die These von der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit zu basieren scheint, nicht existieren. Alle OECD- und EU-Statistiken zur höheren Bildung sprechen von der «Tertiären Bildung» und unterscheiden angesichts der Vielzahl der nationalen Bildungssysteme nicht systematisch zwischen dem gymnasialen/universitären und dem Berufs- und Fachhochschul-Bildungsweg. Schon allein die «Gymi-Quote» im OECD- oder auch nur im EU-Raum zu ermitteln, ist schwierig, wenn nicht unmöglich. So besuchen, um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen, in Schweden zwar die weit überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen das Gymnasium – aber nur 3 von 17 gymnasialen Schulprogrammen bereiten so wie unsere Matura direkt auf die Universität vor. Versucht man dennoch einige Daten zu erfassen oder zumindest zu schätzen – ich habe das für Finnland, Dänemark, Schweden, Belgien, Deutschland, die Niederlande, Österreich, Norwegen sowie Japan und Korea getan – und diese in Relation zur Arbeitslosigkeit zu bringen, so zeigen die auf die Werte der Schweiz indexierten Daten nur eine sehr schwache Korrelation zwischen «Gymi-Quote» und Arbeitslosigkeit.

Pauschal zu behaupten, die stärkere Ausrichtung der Berufsausbildung auf Berufsschulen oder der höhere Maturandenanteil «in Europa» sei ursächlich für die (Jugend-)Arbeitslosigkeit «in Europa» verantwortlich, entbehrt jeder Grundlage – die jugendlichen Beurs in den Pariser Vorstädten sind nicht arbeitslos, weil sie blöderweise das Baccalauréat statt eine Schreinerlehre gemacht hätten. Hingegen sind die EU-Daten über den Zusammenhang von Bildung und Arbeitslosigkeit (2010) eindeutig. Sie zeigen, dass nicht nur die Beschäftigungsquote von Personen mit Tertiärer Bildung mit 82,3% signifikant höher ist als jene von Personen mit mittlerer Bildung (68,4%: Sekundarstufe II, Berufslehre), sondern dass auch die Arbeitslosigkeit im EU-Durchschnitt eindeutig negativ mit dem Bildungsniveau korreliert: Volksschulniveau 14,2%, mittlere Bildung 7,8%, Tertiäre

Bildung 4,9%. Schon nur angesichts solcher Daten zu versuchen, das Bildungsniveau in der Schweiz nicht «zu hoch» werden zu lassen, wie z.B. der Kanton Zug, der beschlossen hat, die Gymi-Quote von gegenwärtig 18% wieder auf 14% zurückzuführen, oder wie im Kanton Zürich, wo allem Nachfragedruck zum Trotz eisern an einem Höchstwert von 20% festgehalten wird, erscheint politisch fahrlässig und nur unter sehr komfortablen Wohlstandsbedingungen möglich.

Dagegen wird eingewendet, auch der Berufsbildungsweg führe für viele in den Tertiärbereich, also die Fachhochschule (und Einzelne auch an die Universität/ETH). Das ist zweifellos nicht falsch. Von 1996 bis 2012 ist der Anteil jener Erwerbstätigen, deren höchster Ausbildungsabschluss die Berufslehre ist, von 50,4% auf 39,2% gesunken, weil viele ehemaligen Lehrlinge in die Fachhochschule übertreten, was den Anteil der «tertiär» Gebildeten in der Schweiz in den letzten 15 Jahren von 21% auf 34% erhöhte (während beispielsweise der Anteil der Jugendlichen, die weniger als eine Berufsausbildung erreichen, konstant bei rund 20% verharrt; dazu kommen noch jene rund 10%, deren höchste Ausbildung die Matura oder das Lehrerseminar darstellt). Die Schweiz folgt damit auf sehr moderatem Niveau dem internationalen Trend der letzten zwei Jahrzehnte, den Ausbau des stärker praxis- und berufsorientierten Fachhochschulbereichs zu fördern.

Doch das scheint offenkundig nicht zu reichen, weil die Nachfrage nach akademischen Kadern ungebrochen ist; die Zahl der als «Akademiker» bezeichneten Erwerbstätigen hat von 1991 bis 2011 um 72,6% zugenommen – bei den Schweizern um 64,0%, bei den Ausländern aber um 118,6%! Welche Effekte hat eine solche Politik, die Akademiker lieber importiert, als sie selbst auszubilden? Welche Effekte hat, genauer gefragt, die bewusst tiefe Gymi-Quote? Eine ihrer Auswirkungen hat die Bildungsforschung im Detail beschrieben: Je tiefer der Anteil der Maturandinnen und Maturanden an einem Ausbildungsjahrgang, desto überproportional stärker werden Kinder aus bildungsfernen Familien und Familien mit Migrationshintergrund von der gymnasialen Bildung ferngehalten. Der Verdacht, dass das durchaus billigend in Kauf genommen wird, ist zwar politisch unkorrekt, liegt aber auf der Hand. Eine Plakatkampagne der Stadt Zürich zur

«Integration» von Ausländern hat vor zwei Jahren mit dem Slogan geworben: «Zeig was chasch – mach e Lehr». Auf die Idee, den Slogan zu plakatieren «Zeig was chasch – gang an d Uni» kam offenbar niemand. Meine Tochter hat dieses Frühjahr in Basel die Matura bestanden. Sie erzählte mir von einem türkischen Mitschüler, der «eigentlich überhaupt kein richtiges Deutsch kann». Aber er sei «genial in Physik und Englisch», weshalb die Lehrer im Deutsch beide Augen zu drückten. Aber das muss man wollen.

*

Nicht nur je tiefer die Gymi-Quote, sondern auch je früher die Selektion erfolgt, desto ungerechter und pädagogisch zweifelhafter sind ihrer Effekte. Dass der türkische Schüler aus Basel in der Zürcher Aufnahmeprüfung fürs Langzeitgymnasium keine Chance gehabt hätte, wo nur der Deutschaufsatz und die Mathe-Prüfung zählen, ist naheliegend. Alle Daten und alle Erfahrung zeigen, dass Kinder mit Migrationshintergrund es in einer solchen Prüfung und in der nachfolgenden Probezeit am schwersten haben, gefolgt von Kindern aus bildungsfernen Familien. Und viele Pädagogen sind – soweit ich das beurteilen kann – der Meinung, dass es nicht möglich ist, die spätere Befähigung eines Kindes zu einer akademischen Ausbildung mit einer einzigen Prüfung im Alter von 12 Jahren zweifelsfrei festzustellen. Der Rektor des Gymnasiums Oberwil und Delegierte des Baselbieter Regierungsrates für Gymnasialfragen sagte es mir unverblümt: «Das ist Schwachsinn.» Dennoch an diesen Selektionshürden festzuhalten, bedeutet damit dreierlei: (a) Soziale Verteilmuster – man könnte auch sagen: Klassenverhältnisse – werden auf diese Weise zuverlässig reproduziert; (b) die Begabtenreserve unserer Gesellschaft wird unzureichend ausgeschöpft – wir scheinen uns diese Verschwendung leisten zu können –; und (c) das grösstmögliche Mass an Allgemeinbildung, das für eine demokratische Gesellschaft ein Ziel an sich darstellen muss, wird bewusst unterboten. Es ist zwar richtig, dass unser Bildungssystem Brücken und Übergänge aus dem berufsbildenden Weg ins universitäre System vorsieht. Das Argument allerdings, Jugendliche sollen besser zuerst eine Lehre machen, weil sie später ja «immer noch» – und über diverse Umwege – an

die Uni gehen können, ist konfus, wenn man diesen Jugendlichen gleichzeitig den Zugang zum Gymnasium verweigert. Wieso sollen sie nicht direkt den Weg dorthin einschlagen dürfen, wo sie selbst hinwollen und wo sie später auch der Arbeitsmarkt braucht, wie alle Zahlen zeigen? Doch abgesehen davon: Das kann auch bedeuten, dass man nach der Matura eine Berufslehre beginnt, statt zu studieren. Viele Lehrberufe bewegen sich heute auf einem sehr anspruchsvollen Niveau, sodass es für Lehrbetriebe schwierig wird, aus der Sekundarschule genügend qualifizierte Lehrlinge zu rekrutieren. In Deutschland entscheiden sich 25% der Abiturientinnen und Abiturienten für eine Berufslehre. Wieso soll das nicht sinnvoll sein? Und wieso soll es gar nur ein utopischer Traum bleiben, dass alle Schülerinnen und Schüler bis zum Alter von 18 in die Schule gehen – um danach zumindest die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen und sehr gut Englisch zu können? Dass davon rund ein Drittel ans Gymnasium gehört, ist als Richtgrösse für eine post-industrielle Wissens- und «Kreativ»-Gesellschaft wohl das Minimum.

Man vergisst in dieser Diskussion fast, es deutlich zu sagen: Bildung ist ein Wert an sich. Eine Politik, die sich aus einer Mischung von ideologisch zurechtgebogenen Arbeitsmarktargumenten, Angst vor Mehrausgaben im Bildungsbereich, traditioneller Akademikerfeindlichkeit und der zynischen Haltung, man könne sich aus dem sonst so spöttisch auf Distanz gehaltenen Ausland ja jederzeit kaufen und kommen lassen, was man gerade braucht, bewusst Bildungschancen einschränkt, ist kurzsichtig und verblendet. Diejenigen, die eine überkommene Vorstellung von «gesellschaftlicher Ordnung» retten wollen, indem sie den Zugang zur Elite über die Gymi-Quote zu begrenzen empfehlen, zerstören das, was sie zu bewahren vorgeben. Wenn die Funktionseliten – und etwas anders sollen sie ja auch gar nicht sein! – zunehmend aus einer ortslosen Klasse von Expats gebildet werden, die das mittlere Kader der Schwiizertüütsch sprechenden Fachhochschulabsolventen herumdirigiert, haben wir mehr als bloss ein Arbeitsmarktproblem.

Philipp Sarasin ist Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich.

Kontakt: Prof. Philipp Sarasin, psarasin@hist.uzh.ch